

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Anbetracht des für das 2. Quartal 2023 angekündigten Abschlusses der Untersuchungen sowie des für Ende 2023 vorgesehenen Starts der Vorplanungen für einen S-Bahn-Pendelverkehr auf dem Münchner Nordring frage ich die Staatsregierung, was sind die Ergebnisse der Planungen zu Betriebskonzepten, Kapazitätsuntersuchungen und eisenbahnbetriebswissenschaftlichen Bewertungen eines Pendelverkehrs auf dem Münchner Nordring, wie ist der aktuelle Stand der weiteren Vor- bzw. Grobplanungen (sofern Ergebnisse bereits vorliegen, bitte ausführen) und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen, ob im Rahmen des Programms „Bahnausbau Region München“ der gesamte Nordring für den Personenverkehr ertüchtigt wird?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang und mit welchem Personalaufwand und mit welchem Erfolg wird das „Bayerische Afrikapaket“ mit bayerischen Haushaltsmitteln seit 2023 bis jetzt durch das Bayerische Afrika-Büro in Addis Abeba / Äthiopien umgesetzt?

Jörg Baumann
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft wurde in den Jahren 2020 bis 2024 (bitte Jahre einzeln auflisten) eine Armbrust als Tatmittel verwendet, wie viele Personen wurden damit verletzt oder getötet und liegen Erkenntnisse vor, welcher Täterkreis (bitte auch darauf eingehen, ob es sich hierbei hauptsächlich um Personen handelt, die politisch als rechts oder als rechtsextrem eingeordnet werden) Armbrüste als Tatmittel verwendet?

Nicole Bäumler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen aktuell eine Berufsintegrationsklasse, wie viele dieser Klassen gibt es aktuell und wären nach Ansicht der Staatsregierung einzelne Berufsschulstandorte gefährdet ohne die Existenz von Berufsintegrationsklassen dort?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Behauptung einer „angeblich geplante Ausweisung deutscher Staatsbürger nach rassistischen Kriterien“, die aufgrund der schriftlichen Einlassung vor Gericht („Correctiv stellt schriftsätzlich klar, dass dieser Hauptvorwurf gar nicht Thema des Treffens war“) nach meinem Ver-

ständnis nie stattgefunden hatte, auf ihren Tatsachengehalt hin überprüfen lassen hat, bevor Ministerpräsident Dr. Markus Söder diese Tatsachenbehauptung mit den Worten „Also auch dieses, was Sie da jetzt genannt hatten, Ausweisungen und so, Deportationspläne, übelster Form. Das erinnert wirklich als Vorstufe an das Düstere, was man sich überhaupt noch vorstellen kann und das Ekligste.“ in der Öffentlichkeit verbreitete (vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/interview-soeder-markus-ministerpraesident-von-bayern-csu-vorsitzender-dlf-3343fcf2-100.html>), war die auf dem Flüchtlingsgipfel vom 06.03.2024 aufgenommene Zusatzerklärung der Staatsregierung, „Bayern und Sachsen fordern zudem, alle notwendigen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, damit antisemitische Straftäter und Feinde unserer Verfassung ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und konsequent abgeschoben werden können.“ mit den Freien Wählern als Koalitionspartner abgestimmt (vgl. <https://www.nius.de/politik/protokoll-erklaerung-von-soeder-und-kretschmer-verfassungsfeinden-deutschen-passentziehen-abschieben/be4340f1-68e8-4a02-950a-f1611e6d2a25>) und aus welchen Gründen hat die Staatsregierung diese Zusatzerklärung als Forderung zur praktischen Umsetzung in dieses Protokoll vom Flüchtlingsgipfel vom 06.03.2024 aufnehmen lassen, wenn doch dieselbe Staatsregierung am 14.01.2024 schon derartige Ideen mit dem bereits zitierten Worten des Ministerpräsidenten abgelehnt hatte?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die bis zum 31.12.2024 befristeten Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) über das Jahresende hinaus verlängert werden, wann die Nachfolgeregelungen vom zuständigen Staatsministerium bekannt gemacht werden und welche Änderungen bei den neuen Richtlinien vorgesehen sind, insbesondere mit Blick auf die Zuwendungsvoraussetzungen für die Härtefallförderung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung durch den Freistaat?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Sitzungen des Beirats der Bundesnetzagentur haben nach Kenntnis der Staatsregierung seit der Berufung von Staatsminister Hubert Aiwanger zum Mitglied des Beirats von Dezember 2018 bis heute stattgefunden, an wie vielen dieser Sitzungen hat Staatsminister Hubert Aiwanger tatsächlich persönlich teilgenommen (bitte aufgeschlüsselt nach Teilnahme in Präsenz und Teilnahme durch Onlinezuschaltung angeben) und an wie vielen dieser Sitzungen haben die Stellvertreter Roland Weigert bzw. Tobias Gotthardt persönlich teilgenommen (bitte aufgeschlüsselt nach Teilnahme in Präsenz und Teilnahme durch Onlinezuschaltung angeben)?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen in Bayern sind Haushaltskonsolidierungskommunen (bitte Kommunen aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken nennen), welche Möglichkeiten bestehen für diese Kommunen, für Ausgaben abseits der

Finanzierung von Pflichtausgaben Förderung zu beantragen, beispielsweise für Aufgaben im Sozialbereich in Form eines Härtefallzuschlags, und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung insgesamt, um vor allem in diesen Kommunen gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu fördern und zu sichern?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, besteht in Bayern analog zu Hessen (seit 01.01.2024) eine neue Bund-/Länder-Verbunddatei, auf die die hauptamtlichen szenekundigen Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden Zugriff erhalten, wie viele Personen sind aktuell in der Datei EASy Gewalt und Sport (EASy GS) gespeichert und welchen Vereinen sind die aktuell in EASy GS gespeicherten Personen zuzuordnen?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem Staatsminister Joachim Herrmann in der Sendung Münchner Runde am 21.02.2024 mitgeteilt hat, dass aufgrund der Kürzungen im Bundeshaushalt der Freistaat mehr finanzielle Mittel für den Bereich Asyl und Integration im Landeshaushalt (konkret für den Doppelhaushalt 2024 und 2025) zur Verfügung stellen wird, frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Erhöhung der Landesmittel im Gegensatz zu den Jahren 2022 und 2023 sein wird, wie genau sind die 925,1 Mio. Euro für Unterbringung und Versorgung von Geflüchtete sowie für flüchtlingsbezogene Kosten an die Kommunen angekommen (siehe Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gülseren Demirel und Claudia Köhler, Drs. 19/178, bitte das genaue Prüfinstrument benennen, nachdem festgestellt wird, wie und zu welchem Zweck die Kommunen die finanzielle Unterstützung verwenden) und wann wird die erforderliche Rechtsgrundlage nach dem Beschluss des Ministerrats vom 01.08.2023 vorgelegt, damit die Integrationspauschale, die vom Bund zur Verfügung gestellt wird, an die Kommunen weitergegeben werden kann (siehe Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gülseren Demirel und Claudia Köhler, Drs. 19/178, bitte die Gründe der Verzögerung benennen)?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß der CO₂-Abdruck der bayerischen Verwaltung 2023 insgesamt war, welche Maßnahmen ergreift sie zur Reduzierung im laufenden Jahr und haben bayerische Behörden 2023 Emissionsminderungszertifikate erworben (soweit möglich, bitte nach jeweiligem Staatsministerium und gegebenenfalls nach Preis und Umfang aufschlüsseln)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen ist eine Ausnahme vom Anbindegebot im Landesentwicklungsprogramm bezüglich des Bebauungs- und Grünordnungsplanes zur Baumaßnahme „Asphaltmischanlage Kläham“ der Marktgemeinde Ergoldsbach gegeben, welche Folgen hätte eine Änderung des Flächennutzungsplans für die Siedlungsstruktur und inwieweit ist eine Ausnahmeregelung zugunsten der Baumaßnahme höher zu bewerten als die Interessen der betroffenen Bürger?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Nachdem das Verwaltungsgericht München in einem Beschluss im Eilverfahren im Fall der Gemeinde Greiling im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen in der Zuweisung von Asylbewerbern durch das Landratsamt einen rechtswidrigen Eingriff in das kommunale Selbstbestimmungsrecht sah, nun zu befürchten ist, dass hiervon eine Signalwirkung ausgehen könnte und weitere Kommunen sich bei der Unterbringung weiterer Flüchtlinge zukünftig verweigern könnten, frage ich die Staatsregierung vor dem Hintergrund der gerichtlichen Entscheidung, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung zieht, ob sie ein Konzept erarbeitet, aus dem der Umgang mit solchen Situationen hervorgeht, und ob weitere ähnlich gelagerte Fälle bekannt sind?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da seit dem 01.01.2023 nach den Förderrichtlinien Kommunaler Klimaschutz (KommKlimaFör 2023) bayerische Kommunen für Konzepte und Umsetzungsvorhaben zur Klimaanpassung (so zum Beispiel die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten, Hitzeaktionspläne u. ä. sowie deren Umsetzung) gefördert werden, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden Fördermittel aus den KommKlimaFör bereits beantragt, wie viele der beantragten Mittel wurden genehmigt und in welcher Höhe wurden diese bereits ausbezahlt (bitte alle drei Summen getrennt nach Jahren und dem jeweils dafür beanspruchten Haushaltstitel angeben)?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die jeweilige durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Steuererklärungen in den einzelnen bayerischen Finanzämtern im Zeitraum 2018 bis 2024 jährlich entwickelt (bitte aufgeschlüsselt pro Finanzamt nach Steuerarten), worin sieht die Staatsregierung die Gründe für die Veränderung der Bearbeitungszeiten und welche konkreten Maßnahmen werden unternommen, um die Durchlaufzeiten zu verkürzen?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zum jüngst vorgelegten Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025, wonach Mittel für Zuwendungen für Miete, technische Ausstattung und Betriebskosten des Innovationszentrums des UN-Welt ernährungsprogramms (WEP), das seinen Sitz in der Münchener Altstadt hat, verwendet werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie teilen sich die geplanten Zuwendungen auf die genannten Bereiche auf (bitte für Miete, technische Ausstattung und Betriebskosten jeweils einzeln anteilig in Summe und Prozent angeben), warum sollen die Mittel im Vergleich zu den Vorjahren seit 2016 praktisch verdoppelt werden, obwohl die tatsächlichen Kosten seit der Ansiedelung des Zentrums in München im Jahr 2016 immer gleich geblieben sind und sogar unterhalb der in den vorherigen Haushaltsplänen veranschlagten Summen lagen, und wie begründet die Staatsregierung diese Haushaltsplanung mit der diese Verdoppelung der Unterstützung u. a. für die Miete in einer der teuersten Lagen Münchens zulasten von Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus vonstattengehen soll?

Holger Griebhammer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen des Bundes zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung haben Auswirkungen auf Bayern, bei welchen dieser Maßnahmen des Bundes sind die Staatsregierung und die bayerische Verwaltung an der Umsetzung beteiligt und welche konkreten Maßnahmen – keine Ankündigungen oder noch nicht begonnene Vorhaben – zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung setzt die Staatsregierung gerade in Bayern um?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Kommunen stehen Zahlungen gemäß der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) aus (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen angeben), wann wurden die Zusagen zur Auszahlung der Zuwendungen erteilt und welche Gründe kann die Staatsregierung für verspätete Auszahlungen anführen?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden erste oder endgültige Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur zukünftigen Nutzung der Liegenschaft Strafjustizzentrum an der Nymphenburger Straße, deren Veröffentlichung für das zweite Quartal 2024 angekündigt wurde, jeweils wem vorgestellt (den zuständigen Staatsministerien, dem Landtag, der Öffentlichkeit etc., bitte jeweils den konkreten/ungefähren Zeitpunkt und den konkreten Personenkreis, dem die Ergebnisse vorgestellt werden, angeben) und – falls es bereits Ergebnisse gibt – wie lauten die bisherigen Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im Wortlaut?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem laut Rechtsauffassung der Staatsregierung das Abstandsflächenrecht der Bayerischen Bauordnung der Errichtung einer üblich bemessenen Luftwärmepumpe nicht entgegensteht, frage ich die Staatsregierung, inwiefern (Außen-)Anlagen aus Gründen des Immissionsschutzes bestimmte Abstände (mindestens 3 Meter) einhalten müssen, obwohl viele moderne Wärmepumpen die erlaubten Immissionsrichtwerte bereits unterschreiten, ob es in der Genehmigungspraxis und Rechtsprechung – insbesondere bei Reihen- und Doppelhäusern – dennoch unterschiedliche Auffassungen im Hinblick auf den Schutzzweck des Abstandsflächenrechts gibt und ob die Staatsregierung gegebenenfalls Handlungs- bzw. Klarstellungsbedarf sieht?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihr Pläne bekannt oder plant sie, Bezahlkarten oder Gutscheinsysteme (ähnlich den Systemen, die für Asylbewerber eingerichtet wurden bzw. noch eingerichtet werden sollen) für Sozialleistungsempfänger jedweder Art einzuführen, die diese statt ihrer Leistungen bekommen, um beispielsweise Lebensmittel zu erwerben, welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um Straftaten (insb. Vermögensdelikten, beispielsweise Betrug) im Zusammenhang mit den für Asylbewerber eingeführten Bezahlkarten, wie etwa durch das Einrichten von Schein-Lebensmittelmärkten zur Umwandlung des Guthabens in Bargeld – vorzubeugen und wie führt die Staatsre-

gierung die technische Ausgestaltung der Bezahlkarte aus, da sie sich dem bundeseinheitlichen Vergabeverfahren nicht angeschlossen hat?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem in Kap. 09 07 des Entwurfs der Staatsregierung zum Haushaltsplan 2025/2025 im Tit. 891 71 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 482,5 Mio. Euro im Jahr 2024 und 97,3 Mio. Euro im Jahr 2025 – fällig bis zum Jahr 2031 – ausgewiesen sind, frage ich die Staatsregierung, für welche Projekte die Beträge der Verpflichtungsermächtigungen im Einzelnen vorgesehen sind, in welchem Umfang diese Ausgaben für den Bau der 2. Stammstrecke der S-Bahn-München vorgesehen sind und welche weiteren Investitionsmittel für den Bau der 2. S-Bahn-Stammstrecke an anderen Stellen im Haushaltsentwurf ausgewiesen sind?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da es im Entwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025, Epl. 14 Kap. 14 03 Tit. 681 02 heißt, „Im Jahr 2025 sind mehr 2.250,0 Tsd. € wegen Aufnahme der Weiterbildungsabschlüsse für Pflegeberufe in den Kreis der Anspruchsberechtigten eingestellt.“, frage ich die Staatsregierung, welche Weiterbildungsabschlüsse für Pflegeberufe die Staatsregierung für die Gewährung des Meisterbonus in Höhe von 3.000 Euro aufzunehmen plant, welche Änderungen des Pflgendenvereinigungsgesetzes sind bezüglich der Gewährung des Meisterbonus notwendig und aufgrund welcher Datengrundlage schätzt die Staatsregierung die Anzahl der Bonusberechtigten?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie ihre Haltung zur Anrufung der Beratenden Kommission NS-Raubgut bzgl. der Zustimmung des Freistaates Bayern zur Anrufung der Kommission in Falle des Gemäldes „Madame Soler“ von Pablo Picasso vor dem Hintergrund der auch von der BRD ratifizierten, strikteren Nachfassung und Schärfung der Washingtoner Prinzipien („BEST PRACTICES FOR THE WASHINGTON CONFERENCE PRINCIPLES ON NAZI-CONFISCATED ART“, veröffentlicht am 05.03.2023)¹, ändern, welche Schlüsse zieht die Staatsregierung explizit aus den in Passus B und C formulierten Definitionen von „NS-Raubkunst“ und der präzisierten Formulierung zur unfreiwilligen Übertragung von Eigentum (B: „Nazi-confiscated“ and „Nazi-looted“ refer to what was looted, confiscated, sequestered, and spoliated, by [...] through various means including but not limited to theft, coercion, and confiscation, and on grounds of relinquishment, as well as forced sales and sales under duress, during the Holocaust era between 1933–45 – zu Deutsch: „von den Nazis beschlagnahmt“ und „Nazi-Raubgut“ beziehen sich auf das, was von den Nazis [...] auf verschiedene Weise geplündert, konfisziert, beschlagnahmt und enteignet wurde, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Diebstahl, Zwang, Beschlagnahme und Verzicht sowie Zwangsverkäufe und Verkäufe unter Zwang in der Zeit des Holocaust zwischen 1933–45“, Passus C: „Taking into

¹ <https://www.state.gov/best-practices-for-the-washington-conference-principles-on-nazi-confiscated-art/>

account the specific historical and legal circumstances in each case, the sale of art and cultural property by a persecuted person during the Holocaust era between 1933–45 can be considered equivalent to an involuntary transfer of property based on the circumstances of the sale“ – zu Deutsch: „Unter Berücksichtigung der spezifischen historischen und rechtlichen Umstände in jedem einzelnen Fall kann der Verkauf von Kunst- und Kulturgütern durch eine verfolgte Person während der Zeit des Holocausts (1933–45) aufgrund der Umstände des Verkaufs als unfreiwillige Übertragung von Eigentum angesehen werden.“) und wie plant die Staatsregierung diese Schärfung der Washingtoner Prinzipien in der eigenen Arbeit zu Provenienzforschung und Restitution, insbesondere mit Blick auf den Passus H und I (Passus H: „Where queries are made [...]. Provenance research, particularly regarding potential claims, should be conducted by an independent research body to avoid possible conflicts of interest“ – zu Deutsch: „Wenn Anfragen gestellt werden [...]. Die Provenienzforschung, insbesondere im Hinblick auf mögliche Ansprüche, sollte idealerweise von einer unabhängigen Forschungseinrichtung durchgeführt werden, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. Eine solche unabhängige Einrichtung sollte Zugang zu allen relevanten Archiven erhalten, unabhängig davon, ob diese öffentlich oder privat sind.“ und I „Countries are encouraged to create an independent expert body whose composition may be the states' responsibility – zu Deutsch „Staaten sollten zentrale Kontaktstellen einrichten, um Informationen, Rat und Hilfe bei allen Fragen zu Kunst, Aufzeichnungen, Archiven und Ansprüchen bereitzustellen, deren Zusammensetzung in den Verantwortlichkeiten der Länder liegen könnte.“) umzusetzen?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Anlässlich der aktuellen Entwicklungen der Riesbahn zwischen Donauwörth und Aalen, insbesondere mit Blick auf die massiven Einschränkungen durch die Personalengpässe am Stellwerk in Nördlingen und dem damit verbundenen Güterverkehr, frage ich die Staatsregierung, ob sie Handlungsbedarf gegen die Einschränkungen beim Zugangsgebot und Güterverkehr sieht und welche Maßnahmen sie hierzu ergreift?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wo in Bayern nach ihrer Kenntnis derzeit Forschungen an Bakteriophagen durchgeführt werden, welchen Umfang die derzeit betriebenen Studien haben (bitte die Studien erläutern und die Anzahl der hierfür veranschlagten Mitarbeiterstellen angeben) und welche Kosten hierfür im Haushalt 2024/2025 veranschlagt werden (bitte nach Haushaltsjahren angeben)?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, unterstützt die gesamte Staatsregierung die aktuelle Forderung des Ministerpräsidenten nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht auf Bundesebene?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die durchschnittlichen Öffnungszeiten der privaten Geschäfte in Bayern in den Jahren 2014 bis 2023 entwickelt (falls möglich, bitte differenzieren

nach Supermärkten, Einzelhandel und anderen Dienstleistungen), wie hat sich die Zahl der „digitalen Kleinstsupermärkte“ in Bayern in den Jahren 2014 bis 2023 entwickelt und welchen Effekt auf die Entwicklung von Umsätzen und Gewinnen im Vergleich zu Ausgaben und Arbeitskraftbedarf der privaten Geschäfte erwartet sich die Staatsregierung von der geplanten Erhöhung der gesetzlich möglichen Öffnungszeiten in Bayern?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Räumungsaufträge in Bayern seit 2019 entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken und Jahren), wie viele tatsächlich durchgeführte Räumungen gab es und verfügt die Staatsregierung über Erkenntnisse, wie sich im gleichen Zeitraum die Fallzahlen zur Übernahme von Mietschulden durch den Sozialhilfeträger oder das Jobcenter in Bayern entwickelt haben?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe haben Theater in kommunaler Trägerschaft sowohl vom Freistaat als auch nach Kenntnis der Staatsregierung von den Bezirken in den vergangenen fünf Jahren Fördermittel beziehungsweise Zuschüsse sowohl für den laufenden Betrieb als auch für Sanierungsmaßnahmen erhalten (bitte tabellarisch aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Theatern in den einzelnen Bezirken und nach Fördermitteln/Zuschüssen für die jeweiligen Maßnahmen auflisten)?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Studentenheimplätze gibt es derzeit in Bayern (bitte nach Studienorten und einzelnen Wohnheimen aufschlüsseln), wie viele Wohnheime sollen in den Jahren 2024/2025 generalsaniert werden (bitte nach Studienorten aufschlüsseln und in Prozent der vorhandenen Wohnheimplätze insgesamt und je Studienort angeben) und wie hoch sind die hierfür veranschlagten Kosten (bitte nach Studentenheimen aufschlüsseln)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob an der Universität Passau eine Ansprechperson für Antidiskriminierung gem. Art. 25 Abs. 2 Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz bestellt ist, und wenn ja, seit wann diese Position besetzt und mit welchen Mitteln und Kompetenzen diese Stelle ausgestattet ist?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Untersuchung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) der vor Inkrafttreten der Europäischen Bankenverordnung begebenen Kapitalinstrumente des harten Kernkapitals frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist die vom Freistaat geleistete Kapitaleinlage in die BayernLabo, welche konkreten Forderungen hat die Europäische Bankenaufsicht an die BayernLB in Bezug auf die in die BayernLabo geleistete Kapitaleinlage (bitte auch den zeitlichen Rahmen zur Umsetzung der Forderungen nennen) und welche Auswirkungen haben die Forderungen der EBA auf den Staatshaushalt 2024/2025?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE

Nachdem in einem aktuellen Pressebericht von evangelisch.de berichtet wurde, dass im Jahr 2022 40 Frauen nach Angaben des Landeskriminalamts (LKA) in Bayern Opfer eines Femizids (ge-

GRÜNEN)

schlechtsbezogener Gewalt mit Todesfolge) wurden und in 2019 21 Femizide erfasst wurden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Frauen wurden in den Jahren 2018–2023 (bitte nach Jahr aufzählen) in Bayern Opfer eines Femizids, wie bewertet sie die aktuellen Strukturen der Gefährdungseinschätzung und des Bedrohungsmanagements von gewaltbetroffenen Frauen in Bayern und welche Präventionsmaßnahmen gibt es in Bayern, die Frauenmorde als geschlechtsspezifische Gewalt verhindern sollen?

Anna Rasehorn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich der aktuelle Stand zum Bau einer neuen Realschule im Augsburgener Stadtteil Lechhausen aufseiten der Staatsregierung dar, liegt insbesondere ein Förderbescheid seitens des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für den Bau der Realschule Lechhausen vor und falls nicht, ob ein solcher angedacht ist?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele junge Menschen haben in Bayern seit dem Schuljahr 2021/2022 eine praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zum Erzieher / zur Erzieherin aufgenommen, wie viele der begonnenen Auszubildenden in praxisintegrierter Form werden bzw. wurden davon bei Kommunen und Freien Trägern begonnen (bitte Angabe der jeweiligen Anzahl bei Kommunen und Anzahl bei Freien Trägern) und wie hoch sind bzw. waren die Finanzmittel, die in den Haushaltsplänen seit 2021 für die Finanzierung von PiA-Plätzen vorgesehen waren bzw. sind?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen zwischen Bayern und Norwegen in den letzten acht Jahren entwickelt, wie gestalten sich die Beziehungen Bayerns zu Norwegen im Bereich der Kultur und wie gestalten sich die Beziehungen Bayerns zu Norwegen in den Bereichen Jugend, Bildung und Wissenschaft?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Zweck erfüllen die im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 Epl. 05 für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 enthaltenen Leerstellen, warum sind diese nicht besetzt und an welchen Haushaltspositionen im Epl. 05 finden diese Berücksichtigung?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es derzeit in Bayern (bitte nach Art der Kinderbetreuungseinrichtungen, dazugehörigem Träger, Anzahl der Beschäftigten und Anzahl der betreuten Kinder je Landkreis auflisten), wie viele Kinderbetreuungseinrichtungen wurden seit Januar 2020 bis heute in Bayern geschlossen (bitte nach Art der Kinderbetreuungseinrichtungen, dazugehörigem Träger, Anzahl der betreuten Kinder je geschlossener Kinderbetreuungseinrichtungen und Grund der Schließung jährlich je Landkreis auflisten) und wie viele Kinderbetreuungseinrichtungen sind aktuell in Bayern von einer Schließung bedroht (bitte nach Art der Kinderbetreuungseinrichtungen, dazugehörigem Träger, Anzahl der betreuten Kinder je betroffener Kinderbetreuungseinrichtungen und Grund für

- die drohende Schließung je Landkreis auflisten)?
- Toni Schuberl**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen hat sie bisher zur Aufarbeitung der Folgen der Coronapandemie in Bayern und der damit verbundenen Infektionsschutzmaßnahmen ergriffen, wie ist der Stand dieser Maßnahmen und wie reagiert die Staatsregierung auf Gerichtsurteile, die einzelne Maßnahmen im Nachhinein für ungültig erklären?
- Stephanie Schuhknecht**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich der aktuelle Projektstand zum im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 als im vordringlichen Bedarf gekennzeichneten durchgängigen 3-gleisigen Ausbau der Strecke Augsburg – Donauwörth dar (Baubeginn, geplante Fertigstellung), welchen Projekten der Anlage des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG) werden die beiden Maßnahmen im Knoten Donauwörth der Infrastrukturliste des Deutschlandtaktes vom 17.08.2021 zugeordnet und welche Geschwindigkeitsanhebungen sind auf den Ferngleisen zwischen Donauwörth und München-Pasing im Wege des Europäischen Zugbeeinflussungssystems (ETCS) und nach Abschluss der Hochleistungskorridorsanierungen geplant?
- Florian Siekmann**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden in den letzten fünf Jahren jeweils Vermögenswerte durch die Kriminalpolizei abgeschöpft, wie hoch war die tatsächlich vereinnahmte Summe jeweils und in welchem Umfang waren darunter jeweils Kryptowährungen?
- Ulrich Singer**
(AfD)
- Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen liegen ihr über den baulichen Zustand des denkmalgeschützten Schlossguts Iglhof in Affing im Landkreis Aichach-Friedberg vor, welche Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudes beabsichtigt sie gemäß Art. 4 Bayerisches Denkmalschutzgesetz zu veranlassen und inwieweit gibt es Überlegungen, das Gebäude zu erhalten und einer sinnvollen neuen Nutzung zuzuführen (bitte den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Eigentümer darlegen)?
- Dr. Simone Strohmayr**
(SPD)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele digitale Endgeräte gibt es bereits an den weiterführenden Schulen in Bayern, wie viele Stunden werden aktuell durch Lehrkräfte in Form von Anrechnungsstunden zur IT-Administration geleistet und wie viele externe Systemadministratorinnen und -administratoren wurden in den vergangenen fünf Jahren eingestellt bzw. beauftragt (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten und Jahren angeben)?
- Martin Stümpfig**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Projekte sind von dem Förderstopp des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr für Wasserstoffprojekte, die unter dem ehemaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer beauftragt wurden und derzeit unter Compliance-Prüfung stehen, betroffen, welche weiteren Projekte, bei denen die Hynergy GmbH involviert ist, werden durch den Freistaat gefördert und wie hoch waren die bisher gezahlten Förderungen des Freistaates bei Projekten, bei denen die

Hynergy GmbH involviert war?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle an bayerischen Schulen sind der Staatsregierung bekannt, in denen Beschwerden gegen Lehrkräfte erhoben oder Anzeigen gegen sie gestellt wurden, die in ihren Schulen oder öffentlich für Demokratie und Vielfalt und für eine aktive Haltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus eingetreten sind, welche konkreten Maßnahmen ergreift die Staatsregierung (ggf. als Dienstherr), um diese Lehrkräfte und ihre Arbeit gegen öffentliche oder persönliche Anfeindungen und Hassbotschaften zu schützen, und ist nach Meinung der Staatsregierung das aktive Eintreten bzw. Teilnahme an un- bzw. überparteilichen Demonstrationen für Demokratie und Vielfalt, für eine Gesellschaft ohne Rassismus und mit Courage im Einklang mit dem bayerischen Bildungsauftrag?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Aufstellen von großen, mit verschiedenen Materialien sichernden, festverankerten, und zeitlich nicht begrenzten Plakaten (auch Bauzäune) mit persönlichen Meinungen und/oder Vereinsmeinungen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch – BauGB) und im nicht überplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) von Kommunen in den Geltungsbereich der Bayerischen Bauordnung bzw. des Baugesetzbuchs fällt, und falls ja, stellen diese Anlage/Plakate (Größe beispielsweise ca. 3 Meter auf 2 Meter) ein antragspflichtiges Vorhaben dar?

Markus Walbrunn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Passus des Konkordates leitet der Ministerpräsident ab, dass man beim Religionsunterricht in der Grundschule nicht kürzen dürfe, und sieht die Staatsregierung die Notwendigkeit einer Reform des 100 Jahre alten Konkordates gegeben, da es in keinerlei Weise die Glaubensrealität des heutigen Bayerns mehr abbildet?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem laut Pressemitteilung zur Kabinettsitzung vom 29.01.2024 die Ausgaben für das Bayerische Landespflegegeld im aktuellen Haushaltsentwurf auf insgesamt 890 Mio. Euro steigen sollen, frage ich die Staatsregierung, warum die Ausgaben für das Landespflegegeld steigen werden, mit wie vielen Neuanträgen bzw. fortlaufenden Anträgen gerechnet wird und in wie vielen Fällen Anträge abgelehnt wurden bzw. das Landespflegegeld zurückgefordert wurde?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist aus dem Institut für gesunde Lebensmittel, das mittlerweile den Titel „Gesunde Lebensmittel“ im Epl. 12 des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2024/2025 trägt und das im „Haus für Gesundheitsmanagement“ des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Bad Kissingen ansässig oder geplant war, geworden, aus welchen Gründen fallen hierfür immer noch Sachausgaben an und hält die Staatsregierung ihr Engagement für dieses wichtige Thema gesunde Ernährung für ausreichend?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass bei einem Treffen 2013 in der Staatskanzlei u. a. mit dem heutigen Ministerpräsident Dr. Markus Söder, dem damaligen Staatsminister des Innern Joachim Herrmann und der Siemens AG eine Grundsatzerklärung unterzeichnet wurde, in der der Bau einer Stadt-Umland-Bahn zwischen den Städten Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach zugesichert und als „Jahrhundert-Chance“ identifiziert wurde, frage ich die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Haltung der CSU-Ratsfraktion im Erlanger Stadtrat, was plant die Staatsregierung vor dem Bürgerentscheid, um die vor elf Jahren als „Leistung“ versprochene Stadt-Umland-Bahn zu bewerben und welche möglichen Schritte erwägt die Staatsregierung, um das zugesagte Projekt in jedem Fall zu verwirklichen?